



Welt am Sonntag, 03.10.2021, Nr. 40, S. 20 / Ressort: Wirtschaft

Rubrik: WIRTSCHAFT

Nicht gut genug

Mit Ökostrom produzierter Wasserstoff gilt als klimafreundlich, der Bedarf ist riesig. Doch die EU bremst mit engen Vorschriften über die Herkunft des Elektrolyse-Stroms die Markteinführung aus

Daniel Wetzel

Deutschlands größter Kraftwerksbetreiber RWE investiert längst nur noch in Ökostromanlagen. Neu ist, dass die Produktpalette des 123 Jahre alten Traditionskonzerns bald noch einmal erweitert wird: Schon in drei Jahren soll am Standort Lingen eine der größten deutschen Elektrolyseanlagen zur Produktion des klimafreundlichen Gases Wasserstoff stehen. Offshore-Windparks in der Nordsee liefern die Elektrizität, mit der Wasser in seine Bestandteile aufgespalten wird.

Die 100-Megawatt-Anlage wäre die erste Wasserstoffproduktion im industriellen Maßstab in Deutschland. Das mit Partnern wie BP, Evonik, Nowega und OGE aufgesetzte Projekt "Get H2" soll ab 2024 nicht nur die BP-Raffinerie in Gelsenkirchen mit sauberem Brennstoff versorgen. Auf lange Sicht kann der mit Ökostrom produzierte Wasserstoff in Gaswerken rückverstromt werden und so helfen, Elektrizitätsengpässe zu überbrücken.

Das Pilotprojekt wird nicht nur die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des sauberen **Energieträgers** Wasserstoff demonstrieren - es soll auch der Grundstein für eine Großindustrie sein. "Ab 2026 planen wir die nächste Ausbaustufe auf 300 Megawatt Leistung", sagt die RWE-Vorständin für Wasserstoff, Sopna Sury: "Ziel ist ein integriertes Netz von Wasserstoff-Pipelines, das Lingen mit Industriestandorten im Ruhrgebiet, im östlichen Niedersachsen und in den Niederlanden verbindet."

Die Wachstumspläne sind ambitioniert, weil Wasserstoff schon in naher Zukunft das sein soll, was heute Erdöl ist: ein universeller, speicherbarer und leicht zu transportierender - aber diesmal sauberer - **Energieträger**. Doch die Chancen deutscher Firmen, am Aufbau der Milliardenindustrie mitzuwirken, seien begrenzt, wenn die EU-Kommission ihre Pläne umsetze, warnt Sury. "Die Frage ist, welchen Strom ich für die Elektrolyse nutzen darf", sagt die Ökonomin und frühere E.ON-Managerin, die seit Februar im Vorstand von RWE für das Wasserstoffgeschäft zuständig ist: "Die EU-Kommission nimmt da eine sehr restriktive Haltung ein."

Wenn Brüssel auf Basis der "RED II" (Renewable Energy Directive II) genannten **Erneuerbare-Energien**-Richtlinie wie geplant neue Regeln erlässt, dürften Wasserstoffproduzenten nur auf solche Ökostromanlagen zurückgreifen, die praktisch zeitgleich mit und direkt neben der Elektrolyseanlage neu errichtet werden und Elektrizität ausschließlich für deren Bedarf produzieren. "Diese Einschränkung würde die Entwicklung einer industriellen Wasserstoffproduktion in Deutschland massiv behindern", warnt die RWE-Managerin.

Eigentlich passen Einschränkungen für Elektrolysebetreiber nicht zur Politik der EU-Kommission, die mit ihrem "Green Deal"-Programm dem Klimaschutz ja einen deutlichen Schub geben will. Doch offenbar fürchtet man in Brüssel, dass der Elektrizitätsbedarf der Wasserstoffindustrie schnell so groß werden wird, dass die Elektrolysebetreiber praktisch den gesamten Markt für Ökostrom leerkaufen. Schließlich braucht der Schwerlast-, Luft- und Schiffsverkehr bei der Dekarbonisierung große Mengen Kraftstoff auf Wasserstoffbasis, ebenso die Stahl- und Chemieindustrie.

Falsche Schlüsse

Die EU will außerdem vermeiden, dass der **Energiehunger** der Elektrolyse zur lebensverlängernden Maßnahme für fossile Gas- und Kohlekraftwerke wird, was für den Klimaschutz kontraproduktiv wäre. Sämtlicher Ökostrom für Wasserstoffproduzenten darf deshalb nur aus "zusätzlichen", neuen Wind- und Solarparks kommen und nicht aus dem Bestand. Sonst darf sich das Endprodukt nicht "grüner" Wasserstoff nennen. So sieht es die "Renewable Energy Directive II" vor, die derzeit in Brüssel aktualisiert wird.

Aus Sicht von RWE hat die Kommission zwar das Problem erkannt, aber die falschen Schlüsse gezogen. "Der Aufbau zusätzlicher Offshore-Windparks speziell für die Elektrolyse braucht in Deutschland acht bis zehn Jahre - wenn wir so lange warten, beginnen wir viel zu spät mit dem Aufbau der Wasserstoffindustrie", sagt Sury. Während dieser Zeit hätten Industriebetriebe und Gasnetzbetreiber keine Sicherheit, wann sie welche Mengen an Wasserstoff fest einplanen können. "Investitionen auf dieser Seite werden dann lange aufgeschoben", warnt sie: "Gerade etwa die Stahlindustrie muss aber ihre Investitionsentscheidungen jetzt treffen."

Sorgen, die im Nationalen Wasserstoffrat geteilt werden: "Eine zu enge Auslegung einzelner Kriterien beim Strombezug oder der Fahrweise der Elektrolyseure verhindert Investitionen", warnt Katherina Reiche, Vorsitzende des Beratergremiums der Bundesregierung. "Wir müssen doch erst einmal loslegen, bevor wir am Ideal feilen können", findet die Vorstandsvorsitzende der **Westenergie** AG und frühere Staatssekretärin im Bundesumweltministerium: "Angesichts der verschärften

Klimaschutzziele sollten wir das Herumirren im Klein-Klein endgültig hinter uns lassen."

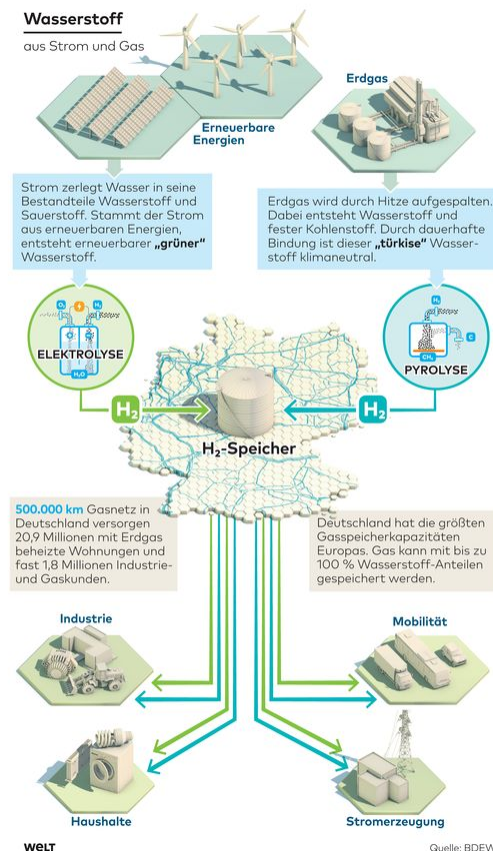
Denn Nachbarstaaten haben diese Probleme nicht: Norwegen mit seinen Wasserkraftwerken oder Frankreich mit seinen Atomkraftwerken haben einen so hohen Anteil CO₂-freier Elektrizität, dass sie ihre Elektrolyse einfach mit Strom aus dem allgemeinen Verbundnetz betreiben können, ohne um das Label "grün" fürchten zu müssen. "Bis wir mit dem Aufbau zusätzlicher Kapazitäten für **erneuerbare Energien** dann endlich so weit sind, haben Frankreich und Norwegen ihre Elektrolyseure längst gebaut und die Wasserstoffproduktion angekurbelt", so RWE-Managerin Sury: "Wir hinken dann bei einer der entscheidenden Zukunftstechnologien hinterher."

Zertifizierte Nachweise

Das Problem ließe sich auch anders lösen, glaubt die RWE-Expertin. Da beim ambitionierten Ausbau erneuerbarer **Energien** ohnehin Einigkeit besteht, könne man auf dem Weg dahin auch Ökostrom aus Bestandsanlagen für die Elektrolyse zulassen. "Die Frage ist, ob der Elektrolyseur wirklich eine Eins-zu-eins-Verbindung haben muss zu einer Offshore-Windanlage, die dann irgendwo in der Nordsee steht", sagt Sury. Es müsse möglich sein, auch alte Windräder, die nach 20 Jahren ihren Anspruch auf EEG-Förderung verlieren, für die Wasserstoffproduktion einzusetzen. "So wie die Europäische Kommission den Erlass zur **Erneuerbare-Energien**-Richtlinie formuliert hat, wäre das aber nicht möglich."

Da auch der allgemeine Strommix in Deutschland über den Europäischen Emissionshandel bereits klimapolitisch reguliert wird, müsste auch der Einsatz dieses unspezifischen "Graustroms" direkt aus dem Netz zulässig sein, glaubt man bei RWE. Mithilfe von zertifizierten Herkunftsnachweisen für Grünstrom könnte verhindert werden, dass dabei die Kohleverstromung angekurbelt wird. Ansonsten drohe der **Energiewende** ein Rückschlag, glaubt Sury: "Wir ersticken die Wasserstoffwirtschaft, bevor sie überhaupt anfangen kann."

Daniel Wetzel




Bildunterschrift: Sopna Sury, RWE-Vorständin

Quelle:	Welt am Sonntag, 03.10.2021, Nr. 40, S. 20
Ressort:	Wirtschaft
Rubrik:	WIRTSCHAFT
Dokumentnummer:	179461036

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_ff0d3868d0a7d9ed912067689731bb1c99609a47

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH